

Einige Gedanken zum Werkstattgespräch vom 26. Mai 09

Die heutige soziale Sicherheit wird dadurch geprägt, dass sie zu allergrössten Teilen aus Lohnbeiträgen finanziert wird. Dies führt zwangsläufig zu dieser tatsächlich gewichtigen Teilung zwischen der Generation im Erwerbsleben und derjenigen im Pensionsalter. Das hat aber auch dazu geführt, dass unbezahlte Arbeit in der Meinung vieler weniger Wert hat. In Zukunft müsste sich diese Wertschätzung annähern und diese Diskrepanz kleiner werden.

Für mich ist der Begriff „Familie“ bereits heute nicht einfach die Bilderbuchgemeinschaft mit Vater, Mutter, Sohn und Tochter. Die Familienformen und –Strukturen sind sehr vielfältig und dem wird in verschiedenen Revisionen langsam auch Rechnung getragen (Bsp. 1. BVG-Revision mit Konkubinatspaaren und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften). Als liberale Frau bin ich offen und bereit neue entwicklungsfähige Beziehungen zwischen den Generationen auch rechtlich mit einzubeziehen. Dazu gehört aber auch, dass sich Frauen und Männer ihr Privat- und Erwerbsleben selber gestalten können, wie es das neue Eherecht vorsieht. Dazu müssen wir aber zwingend die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Wichtig ist: Ein neues Netzwerk der Generationenbeziehungen darf nicht nur in eine Richtung gehen, sondern muss gegenseitig unter den Generationen aufgebaut werden. Es darf sich nicht einfach nur mit einer Neuordnung der finanziellen Verpflichtungen beschäftigen, sondern muss sich mit generellen Rahmenbedingungen befassen, die ein Austarieren der Belastungen und Unterstützungen, der Sicherheiten und Freiheiten aller im Auge behält.

Während dem die Fachexperten die grossen Strömungen zeichnen, muss die Politik Spielregeln dazu aufstellen. Rund 7,5 Mio. Individuen müssen nachher mit diesen Erlassen möglichst mühelos leben können. Ein sozialpolitisches Gesetz passt nie auf ganz alle. Und doch gilt es zu erreichen, dass möglichst wenige darunter leiden und möglichst wenige auf Kosten der andern übermässig davon profitieren. In einer Demokratie, wo jede Gruppierung um ihre Meinung gefragt wird, wo jeder Schritt mit einem Referendum in Frage gestellt werden kann, ist das Feinarbeit. Sie wird dadurch erschwert, dass wir 10 Sozialversicherungen haben, die zum Teil ineinander greifen. Der Ständerat lässt sich im Übrigen viel weniger parteipolitisch binden.

Christine Egerszegi-Obrist, Ständerätin, Mellingen